



Frühere Gastbeiträge

- › Albig, Torsten
- › Andreae, Kerstin
- › Badum, MdB, Lisa
- › Bahr, Daniel
- › Becker, Dirk
- › Bellstedt-, Dr. Hans
- › Berg, Ute
- › de Jager, Jost
- › Dürr, Tobias
- › Ehrlich, Peter
- › Falke, Andreas
- › Gambke, Dr. Thomas
- › Grosse-Brömer (CDU), MdB Michael
- › Höhn, Bärbel
- › Janecek, MdB, Dieter
- › Jarzombek, MdB, Thomas
- › Klinz, Wolf
- › Köhler, Dr. Lukas, Träger, Carsten
- › Kolbe, Daniela
- › Krischer, Oliver
- › Kühn, MdB Christian
- › Künast, Renate
- › Meister MdB (CDU), Dr. Michael
- › Meyer-Lucht, Robin
- › Mutlu, MdB, Özcan
- › Otte, Romanus
- › Pfeiffer, Joachim
- › Polenz, Ruprecht
- › Reiche, Katherina
- › Reimann, Dr. Carola
- › Rödder, Andreas
- › Rosemann, MdB Dr. Martin
- › Schäffler, Frank
- › Schiewerling (CDU), MdB Karl
- › Spahn, Jens
- › Volmering, MdB, Sven
- › von Notz, Dr. Konstantin
- › Wachs, Philipp-Christian
- › Weiß, MdB Peter
- › Weisgerber, MdB, Anja

Dr. Hans F. Bellstedt, Sebastian Fischer-Jung, Peter Husen und Dr. Tobias Weiler

Gesundheit wird systemrelevant, der Staatseinfluss steigt, während die EU gegen wachsende Nationalismen kämpft – die Welt „nach Corona“ wird eine andere sein. Was das für das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik bedeutet – dazu haben die Kompetenzpartner von **hbpa** zehn Thesen formuliert.



10 Thesen zum Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik in Zeiten von Corona

- **Corona als Beschleuniger:** Die Corona-Krise legt ohnehin stattfindende Veränderungsprozesse in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Technologie auf radikale Weise offen. Themen wie Demographie, Digitalisierung, Klimawandel oder Mobilität waren vorher schon da, bekommen aber durch die Krise eine dramatisch gestiegene Bedeutung. Umso entschiedener müssen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft diese Themen jetzt auch angehen und konkrete Lösungsansätze verproben.

--> Unternehmen werden im Dialog mit der Politik künftig v.a. dann Gehör finden, wenn es ihnen gelingt, sich als „Teil der Lösung“ zu positionieren.

- **Gesundheit wird systemrelevant:** Der Gesundheitssektor ist ab sofort systemrelevant. Eine belastbare, funktionierende Gesundheitsversorgung wird zum politischen Primat. Die öffentliche Hand wird verstärkt und regulierend in den Gesundheitssektor eingreifen. Der staatlich geförderte Ausbau erforderlicher Kapazitäten (z.B. Intensivstationen), die Repatriierung pharmazeutischer und medizintechnischer Wertschöpfung in den Heimatmarkt sowie Lohnsteigerungen etwa in Pflegeberufen werden die Folge sein. Zugleich wird die Diskussion um die Aufnahme telemedizinischer und digitalisierter Angebote in die Regelversorgung sowie um die Sinnhaftigkeit langwieriger Zulassungsverfahren zunehmen.

--> Unternehmen und Verbände mit gesundheits- und forschungspolitischer Kompetenz haben die Chance, die neue Gesundheitsagenda mit zu gestalten.

- **Wissenschaft und Forschung als „neue Autorität“:** Der Einfluss von Wissenschaft und Forschung auf die Politik nimmt signifikant zu. Ausgesuchte Experten auf Spezialgebieten, etwa in der Epidemiologie oder der Klimaforschung, können heute den Kurs einer Regierung und somit eines ganzen Landes innerhalb kürzester Zeit um 180 Grad wenden. Wissenschaft und Forschung werden zur „neuen Autorität“ – mit weitreichenden Folgen für Unternehmen und deren Beschäftigte.

--> Neben Abgeordneten und Ministerialbeamten müssen Wirtschaftsakteure künftig vermehrt den Austausch mit Forschungsdirektoren oder Laborleitern anstreben.

- **Purpose statt Profit?** Schon vor Corona machte sich Kritik an einem einseitig auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Wirtschaftsmodell breit. Durch die Krise dürfte die Skepsis gegenüber dem globalisierten Kapitalismus weiter zunehmen. Nicht Shareholder-, sondern Stakeholder value ist jetzt gefragt. Wirtschaft muss einem übergeordneten Zweck, einem „purpose“ dienen. Unternehmen, so die Erwartung, müssen ihren Beitrag zu einer Arbeits- und Lebensweise leisten, die von Umsicht, Achtsamkeit und Nachhaltigkeit geprägt sein wird.

--> Im Dialog mit der Politik muss die Wirtschaft nachweisen können, dass sie sich für das größere gesellschaftliche Ganze engagiert.

- **All politics is local:** Corona hat die Labilität transnationaler Produktions- und Lieferketten schonungslos offengelegt. Eine verstärkte Diversifizierung ist das Gebot der Stunde. Technologische Entwicklungen wie der 3 D-Druck (additive Fertigung) relativieren den Lohnkostenvorteil in Fernost, senken Logistik- und damit auch Umweltkosten und ermöglichen die Rückverlagerung von Produktionskapazitäten in die heimische Region. Wertschöpfung findet wieder vor der Haustür statt – mit entsprechenden Folgen für die (lokale) Politik.

--> Wirtschaftsakteure müssen sich, neben den großen Themen der Außenwirtschaft, vermehrt regionalen und kommunalen Kontexten und Akteuren zuwenden. Der Kontakt zum Wahlkreisabgeordneten am Unternehmenssitz erhält einen neuen Stellenwert.

- **Vertrauen virtuell gestalten:** Der Dialog zwischen Wirtschaft und Politik lebt von der physischen, vertrauensstiftenden Begegnung. In Zeiten von WebEx, Skype oder Zoom besteht die Herausforderung darin, den unschätzbaren Wert des direkten Austauschs virtuell neu zu definieren. Kontakthanbahnungen, Briefings sowie das eigentliche Gespräch werden in wachsendem Maße online erfolgen müssen. Derzeit angebotene Formate müssen noch weiter reifen - dies sollte von deren kurzfristiger Nutzung („rapid prototyping“) aber nicht abhalten.

--> Unternehmen und Verbände sollten die Potentiale des Videoconferencing nutzen und offensiv in digitale Gesprächsumgebungen migrieren – dann kann Vertrauen auch jenseits des Analogen entstehen und wachsen.

- **Europa – mehr oder weniger?** Ein aktueller Reflex auf die Krise besteht darin, dass viele EU-Mitgliedstaaten nationalen Alleingängen den Vorzug geben. Grenzsicherungen im Schengen-Raum stellen kein Tabu mehr dar. Ein kraftvolles Eintreten der deutschen und europäischen Wirtschaft für den EU-Binnenmarkt ist dringender denn je. Zugleich sollten auf EU-Ebene etablierte Verfahren, etwa Befragungen betroffener Kreise vor der Erstellung von Gesetzesentwürfen (sog. Online Stakeholder-Konsultationen), auch in der Bundespolitik genutzt werden. Sie sind kein „Beschwerdebüro“, sondern bieten die Gelegenheit zur frühzeitigen, digitalen Platzierung konstruktiver Vorschläge.

--> Unternehmen sollten Online-Konsultationsverfahren als Einladung zur Mitgestaltung nutzen.

- **Neue Armut:** Die Corona-Krise wird zu Wohlstandsverlusten quer durch sämtliche Bevölkerungsschichten führen. Geringverdiener könnte es besonders hart treffen. Ihnen wie auch der Mittelschicht wird der Sozialstaat dauerhaft unter die Arme greifen müssen. Steuererhöhungen, höhere Lohnzusatzkosten oder ein „trade-off“ zwischen Forschungs- und Sozialbudgets könnten die Folge sein.

--> Die Unternehmen müssen frühzeitig dafür werben, dass die zu erwartende Ausdehnung des Sozialstaats nicht zulasten von Forschungs- und Investivausgaben des Staates geht. Dazu müssen sie auch eigene Vorschläge und Maßnahmen unterbreiten und umsetzen.

- **Keynes is back:** Zeiten wirtschaftlicher Krisen rufen den Staat auf den Plan. Milliarden schwere Rettungsprogramme werden aufgelegt und Beschäftigte durch Kurzarbeiterregelungen in Arbeit gehalten. Zeitgleich werden die ersten Verstaatlichungen vorbereitet. Angesichts eines solchen, wachsenden Staatsinterventionismus könnten marktwirtschaftliche Strukturen europäergend in die Defensive geraten.

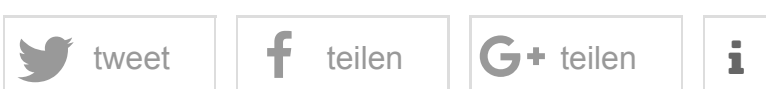
--> Unternehmen sind gefordert, für das Offenhalten ausreichender Freiheitsräume einzutreten und deren gesellschaftliche Bedeutung zu verdeutlichen.

- **Notfälle – die neue Normalität?** Die Hoffnung besteht, dass es gelingt, die Ausbreitung der Corona-Pandemie allmählich einzudämmen. Trotzdem kann nicht ausgeschlossen werden, dass es in naher Zukunft zu vergleichbaren Notsituationen kommt. Im schlimmsten Fall wird der wiederkehrende Ausnahmezustand zur neuen Normalität.

--> Die Unternehmen müssen jederzeit auf externe Schocks vorbereitet sein und sollten dennoch, ja gerade deswegen an einem stetigen, zielgerichteten Dialog mit der Politik festhalten.

Zu den Autoren: Sebastian Fischer-Jung, Peter Husen und Dr. Tobias Weiler sind Kompetenzpartner der Hans Bellstedt Public Affairs (**HBPA**) GmbH. Hans Bellstedt ist Inhaber von **HBPA**.

[zurück](#)



 Seite drucken



Home

Services

Blog

Wissen

Köpfe

Kontakt

Kundenlogin

Wissen

Köpfe

Impressum

Datenschutzerklärung

© 2019

Services

 Strategy Development

 Policy Analysis

 Stakeholder Management

 Content Creation

 Platforms & Dialogue

 Social Media & Digital

Kontakt

mail@hbpa.eu

Französische Straße 14 · D-10117 Berlin

Social Media

